

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am Donnerstag, 17. Juli 2014, im Saal des Bürgerhauses Schortens, Weserstraße 1

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15:20 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Buß, Manfred
Böcker, Rudolf
Bödecker, Anne
Damm, Jens
Eilers, Claus
Funke, Karl-Heinz
Gburreck, Fred
Gerdes-Borreck, Matina
Harms, Siegfried
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Kühne, Lars
Lies, Olaf
Loers, Diedrich
Neugebauer, Axel
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Ostendorf, Heinrich
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Schlieper, Ulrike

Sieckmann, Heinke
Tammen, Reiner
Vehoff, Frank
Wilken, Wilhelm
Zielke, Gustav
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung
Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Klug, Sönke
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke hieß alle Anwesenden, insbesondere Familie Siegel aus Jever sowie die Vertreter der Presse, herzlich willkommen.

- - - - -

Herr Pauluschke hielt sodann Nachrufe auf den am 5. Juli 2014 verstorbenen Hausmeister des Bürgerhauses Schortens, Herrn Christian – Krishan – Scherer sowie auf Herrn Karl-Georg Lothar Graf von Wedel, der am 11. Juli 2014 verstorben war. Der Vorsitzende würdigte die Persönlichkeit und das Wirken beider Männer in ihren Bereichen und bekundete die Anteilnahme und Trauer von Kreistag und Verwaltung des Landkreises Friesland.

Der Kreistag hielt im Gedenken an Herrn Christian Scherer und Herrn Karl-Georg Lothar Graf von Wedel in einer Trauerminute inne.

- - - - -

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Abgemeldet hätten sich die Kreistagsmitglieder Rost, Spiekermann und Chmielewski. KTA Lies verspäte sich um einige Minuten.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

KT-Vorsitzender Pauluschke schlug vor, die Tagesordnung zunächst bis TOP 4 abzuhandeln und danach gemeinsam den neuen Imagefilm des Landkreises Friesland anzuschauen; Herr Klug als Pressesprecher werde dazu einige Ausführungen machen.

Anschließend werde man ab TOP 5 – Einwohnerfragestunde – fortfahren.

Der Kreistag stimmte der Tagesordnung in dieser Form einstimmig zu.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 5. Juni 2014

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

- - - - -

Pressesprecher Sönke Klug führte aus, der letzte Imagefilm des Landkreises Friesland sei 2007 erstellt worden. Im Juni 2013 habe der Kreisausschuss die Auftragsvergabe für einen Film mit neuen Inhalten vergeben. Die Kreisverwaltung sei stolz, heute den fertigen Beitrag – Dauer rund 2 ½ Minuten – vorstellen zu können. Ganz bewusst habe man sich dafür entschieden, eine „echte“ friesländische Familie agieren zu lassen. Als Dankeschön für die anwesende fünfköpfige „Film-Familie“ Siegel aus Jever überreichte Herr Klug Eintrittskarten für das Freibad Jever. Ein Dank gelte auch dem Ehepaar Eckhoff der Firma FRImedia für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Films.

In 2:33 Minuten lasse sich naturgemäß nicht jedes Motiv abbilden, unter dem sich der Einzelne ganz persönlich „Friesland“ vorstelle. Insofern verbinde die Kreisverwaltung die Filmpremiere mit einer Fotoaktion, die man ab heute auch im Internet publik mache. Jeder, der ein Motiv vermisste und sein ganz persönliches „Friesland-Bild“ zeigen wolle, könne dies über ein Formular auf der Web-Seite einschicken. Die Kreisverwaltung schneide daraus anschließend eine mit Musik unterlegte Bilderschau zusammen.

Alle Anwesenden schauten sodann den neuen Imagefilm, der mit Beifall quittiert wurde. - Kreistagsvorsitzender Pauluschke dankte Familie Siegel sehr für ihre Mitwirkung.

Die Kreistagsitzung wurde fortgesetzt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Stellv. Bürgermeisterin und KTA Frau Bödecker hieß den Kreistag namens Rat und Verwaltung der Stadt Schortens herzlich willkommen. Sie danke für die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland, die sich z. B. bei den Themen „Freizeitbad“ und „Interkommunales Gewerbegebiet“ zeige. Kreis und Stadt arbeiteten - so auch der Landrat - für dieselben Bürgerinnen und Bürger; tatsächlich seien 21 % der Friesländer/innen Schortenser Bürger/innen.

Gemeinsames Bestreben sei es von jeher, eine gute Infrastruktur der Wohn- und Lebensbedingungen zu erhalten. Das neue gemeinsame Großprojekt sei die flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen.

Der Sitzung wünschte stellv. Bürgermeisterin Bödecker einen guten Verlauf, verbunden mit der Hoffnung auf eine auch weiterhin gute Zusammenarbeit.

- - - - -

Sodann rief KT-Vorsitzender Pauluschke die Einwohnerfragestunde auf. Herr T. aus Zetel beantragte, zu seinem Bauvorhaben „Begünstigungen vom Amt“ zu erhalten, wie es nach Auskunft eines Fachanwalts für Verwaltungsrecht auch bei seinem Nachbarn der Fall sei. Entsprechend werde auch er selbst verfahren. - Im übrigen sei sein Fachanwalt sehr darüber verwundert, dass sich Herr Lies auf sein Schreiben nicht geäußert habe.

Landrat Ambrosy erklärte, zuständig sei der Landkreis Friesland; er werde die Mitteilung von Herrn T. im Hause weiterleiten (*Anm.: Der Fachbereich 61 wurde informiert.*)

Weitere Wortmeldungen von Einwohnern/Einwohnerinnen lagen nicht vor.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 2. Juli 2014:

TOP 6.1.1 Umstrukturierung des Fachbereiches Jugend, Familie, Schule und Kultur (JuhIA 17.06.) Vorlage: 0482/2014

Der Kreistag nahm die Details der Umstrukturierung des Fachbereiches Jugend, Familie, Schule und Kultur – TOP 3.1.1. der KA-Nied. vom 02.07.2014 – zustimmend zur Kenntnis.

**TOP 6.1.2 Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen auf Entwicklung und Implementierung eines Gütesiegels für Kinderbetreuung im Landkreis Friesland (JuhIA 17.06.)
Vorlage: 0483/2014**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der KA-Niederschrift vom 02.07.2014 zur Kenntnis.

KTA Vehoff erklärte, die CDU-Fraktion halte die Vergabe eines Gütesiegels für den falschen Weg. Der Landkreis kümmere sich um gute Standards in Kindergärten und -krippen, könne aber mangels Zuständigkeit nur Empfehlungen geben und Hilfestellungen leisten. Unterstützung/Hilfestellung ja – aber nicht in dieser Form. Denn möglicherweise wählten Eltern eine andere Betreuungseinrichtung, wenn der für sie im Grunde in Frage kommende Kindergarten am Ort das Gütesiegel nicht vorweisen könne. Eine solche Zwei-Klassen-Gesellschaft wolle man vermeiden, so Herr Vehoff. Die Städte und Gemeinden unternähmen alles ihnen Mögliche, um eine gute Kinderbetreuung zu gewährleisten. Der Landkreis sollte nicht über einen Umweg versuchen, weitere Standards vorzugeben.

Frau KTA Schlieper verdeutlichte, was Herr Vehoff in der bisherigen Diskussion als „Zwang“ und „Druck“ interpretiere, sehe die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vielmehr als Zeichen von Transparenz und Qualitätsbewusstsein. Es sei überhaupt kein Problem, wenn Eltern erführen, was sich hinter den guten Standards in den friesländischen Kindergärten verberge, zumal die meisten Kindergärten bereits darüber verfügten.

Vor 1 ½ Jahren habe man seitens des Landkreises den Anstoß gegeben, dass die Städte und Gemeinden sich freiwillig auf einheitliche Standards verständigen sollten. Leider habe diese Initiative nicht gefruchtet. Daher schaffe man durch ein Gütesiegel einen positiven Anreiz, verbunden mit einem monetären Preis, der eine Anerkennung für die freiwillige Mitarbeit des jeweiligen Kindergartens an seiner qualitativen Weiterentwicklung sei. Die Gruppe gehe davon aus, dass sich die große Mehrheit der Einrichtungen im Landkreis Friesland an dieser Initiative beteilige und die meisten anschließend ein Gütesiegel erhielten.

Die von Herrn Vehoff angesprochene „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ gebe es bereits: Die evangelischen Kindergärten verfügten über ein Gütesiegel, kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen dagegen nicht. Gemeinsam mit externen Fachleuten sollten daher Qualitätsstandards entwickelt und transparent gemacht werden, wo diese Kriterien erfüllt würden.

KTA Onnen-Lübben verwies auf die Stellungnahmen der Fachleute im Rahmen der Jugendhilfeausschuss-Sitzung. Diese sähen die Einführung eines Gütesiegels sehr kritisch und rieten davon ab. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hätten aus dieser Sitzung den Eindruck gewonnen, das Gütesiegel komme zu schnell und sei eine politische Willensbekundung. Wenn überdies noch eine monetäre Anerkennung vorgesehen sei, stelle sich die Frage, aus welchen Mitteln man diesen Bonus zahlen wolle. Der im Jugendhilfeausschuss vertretene Jugendrichter habe überdies rechtliche Bedenken geäußert. Vor diesem Hintergrund stehe er, so Herr Onnen-Lübben, der Einführung eines Gütesiegels kritisch gegenüber und werde dagegen stimmen.

KTA Burgenger stellte fest, keiner der Kritiker habe bislang Argumente dafür vorbringen können, warum wie bei den kirchlichen Trägern nicht auch im Bereich kommunaler Kinderbetreuungseinrichtungen die Einführung eines Gütesiegels möglich sei. Allen müsse daran gelegen sein, überall gleiche Standards vorzuhalten und die Kindergärten auf ihrem Weg hin zu Bildungseinrichtungen zu unterstützen.

Im Jugendhilfeausschuss, so KTA Neugebauer, habe man mit Leuten aus der Praxis diskutiert; von ihnen seien Zweifel geäußert worden. Daher habe man den – grundsätzlich begrüßenswerten – Beschlussvorschlag der Gruppe im Rahmen der Beschlussfassung mehrheitlich abgeändert. Er bitte darum, zu dieser vom Kreisausschuss zurück genommenen Variante zurückzukehren und sich der Expertenmeinung anzuschließen.

Die Kirchen seien im Übrigen vollkommen eigenständig; man müsse es ihnen keinesfalls gleichtun. Die Fraktion Zukunft Varel werde sich dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen und gegen den Beschlussvorschlag des Kreisausschusses stimmen.

KTA Ratzel bestätigte, das Gütesiegel der evangelischen Kirche sei kein Maßstab. Von Interesse sei vielmehr, ob es bereits in anderen Landkreisen Erfahrungen mit entsprechenden Qualitätskriterien gebe.

Auf den Einwurf von KTA Burgenger entgegnete Herr Vehoff, man müsse es der Evangelischen Kirche nicht gleichtun, da es um Kindergärten bzw. -krippen der Städte und Gemeinden gehe. Hier gelte es sich nicht einzumischen. Er halte es nicht für gut, durch Gewährung bzw. Nichtgewährung von monetärer Unterstützung zu belohnen bzw. zu bestrafen. Durch die Kriterien des Gütesiegels werde Zwang ausgeübt. Mit Transparenz habe das nichts zu tun; es würden Standards ausgegeben, für die der Landkreis nicht zuständig sei.

Stellv. Landrätin Kaiser-Fuchs widersprach: Es gehe keinesfalls um Zwang. Kein Kindergarten habe die Befürchtung, sich an dieser Qualitätssicherung zu beteiligen. Im Gegenteil: Man freue sich darauf, ein Gütesiegel als Anerkennung zu erhalten, an dessen Fortschreibung man sich alle zwei Jahre messen lassen müsse. Seitens der Volkshochschule und Musikschule z. B. gebe es ein Gütesiegel „MusiLand“, das von der Lehrerschaft sehr positiv aufgenommen werde.

KTA Just sprach sich namens der BfB-Fraktion gegen die Einführung des Gütesiegels aus. Die Kehrseite des Siegels sei der „Negativ-Stempel“, den keine Einrichtung verdient habe. Das Gütesiegel der Evangelischen Kirche müsse nicht der richtige Weg sein; man müsse ihr nicht folgen.

Vorsitzender Pauluschke ergänzte, das Land Niedersachsen vergebe für die Arbeit in den Schulen ein Gütesiegel für die besonderen Anstrengungen und Bemühungen in der Berufsqualifizierung von Schülern. Niemand hege Zweifel daran, dass es sich dabei um eine Auszeichnung der besonders guten, keinesfalls eine Zurücksetzung der übrigen Schulen sei.

Herr Just mahnte die Neutralität der Sitzungsleitung an. Herr Pauluschke erklärte, er habe seinen Hinweis lediglich als wichtige Information zur Diskussion gewertet.

KTA Schlieper teilte auf Nachfrage von KTA Ratzel mit, der Landkreis Aurich habe nach zunächst kontroverser Diskussion ein Gütesiegel eingeführt, das sich

zwischenzeitlich voll etabliert habe. Eltern und Kindergärten seien damit sehr zufrieden.

Die im Jugendhilfeausschuss erarbeitete Kompromisslösung, so dessen Vorsitzender KTA Osterloh, sei lediglich mit 5 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen worden. Auch dort habe es also kein eindeutiges Votum zum geänderten Beschlussvorschlag gegeben. Der Kreisausschuss habe mehrheitlich für eine Änderung der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses votiert. Im Fachausschuss habe im übrigen die Fachkraft aus dem Bereich der Kindergärten, Frau Andersen, erklärt, sie halte die Einführung eines Gütesiegel für Kindergärten durch die Kommunen für sehr sinnvoll. Aus dieser Fachrichtung komme also Unterstützung für den Vorschlag. Er persönlich, so Herr Osterloh, schließe sich diesem Votum an.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Pauluschke fasste den bisherigen Beratungsverlauf des TOP zusammen und ließ sodann über die **KA-Empfehlung vom 2. Juli 2014** abstimmen. Der Kreistag fasste folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Entwicklung und Implementierung eines Gütesiegels für Kinderbetreuung im Landkreis Friesland in Kooperation mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Abstimmungsergebnis:

(Landrat Ambrosy zählte aus.)

mehrheitliche Zustimmung bei 23 Ja- und 17 Gegenstimmen

**TOP 6.1.3 Verabschiedung einer Resolution betr. Einleitung von Abwässern des Unternehmens K + S aus Hessen in die Nordsee (WTKF 23.06.)
Vorlage: 0495/2014**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 4.1.1 der WTKF-Niederschrift vom 23. Juni sowie zu TOP 3.1.3 der KA-Niederschrift vom 2. Juli 2014 zur Kenntnis.

KTA Ratzel führte aus, der heutige Resolutionstext sei von den beiden großen Kreistagsfraktionen eingebracht worden. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, warum nicht auch die übrigen Fraktionen im Vorfeld beteiligt worden seien. - Heute gehe es zumindest um ein Thema, das tatsächlich die Belange des Kreises betreffe – im Gegensatz zur Resolution in der Bundes-Angelegenheit „Betreuungsgeld“, die man am 17. Oktober 2012 verabschiedet habe. Seinerzeit habe die FDP-Fraktion auf ihre Bindung an die Koalitionsvereinbarung im Rahmen der damaligen Regierungsverantwortung verwiesen. Heute befinde sich die SPD-Fraktion in vergleichbarer Lage, trage auf Bundesebene Mitverantwortung für die Einführung des Betreuungsgeldes und müsse sich fragen lassen, welchen Erfolg die in 2012 verabschiedete Resolution nun tatsächlich gebracht habe.

Der Kreistag fasste folgenden

Beschluss:

Der der Fachausschuss-Niederschrift vom 23. Juni 2014 beiliegenden Resolution zur Einleitung von Abwässern des Unternehmens K+S aus Hessen in die Nordsee wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.1.4 Ostfriesland Tourismus GmbH; Erhöhung der Zahlung in die Kapitalrücklage ab dem Jahr 2015 (WTKF 23.06.)
Vorlage: 0485/2014**

Entsprechend Empfehlung des Kreisausschusses vom 2. Juli 2014 – TOP 3.1.4 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

1. Der Erhöhung der Zahlungen in die Kapitalrücklage der Ostfriesland Tourismus GmbH durch die Gesellschafter um 50.000 € auf 500.000 € wird zugestimmt.
2. Auf den Landkreis Friesland entfällt ein Betrag von 11.250 €, so dass die Zahlung des Landkreises Friesland in die Kapitalrücklage von bisher 58.750 € auf zukünftig 70.000 € ansteigt.
3. Die Erhöhung soll ab dem Jahr 2015 erfolgen.
4. Die Höhe der Gesamtzahlung von 500.000,00 € wird bis Ende 2017 festgeschrieben. Nach 2 Jahren erfolgt eine Evaluierung, ob weitere Anpassungen notwendig sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.1.5 Richtlinie des Landkreises Friesland zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen für die Jahre 2014 - 2020 (WTKF 23.06.)
Vorlage: 0490/2014**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.5 der KA-Niederschrift vom 2. Juli 2014 zur Kenntnis und fasste folgenden

Beschluss:

1. Der Richtlinie des Landkreises Friesland zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen für die Jahre 2014 - 2020 wird zugestimmt.
2. Im Finanzhaushalt des Landkreises Friesland wird für die Jahre 2015-2020 jeweils ein Betrag von 200.000 Euro veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.1.6 Fortschreibung der Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte des Landkreises Friesland 2014 (WTKF 23.06.)
Vorlage: 0488/2014**

Auf TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 2. Juli 2014 wird verwiesen. Der Kreistag fasste folgenden

Beschluss:

Der Fortschreibung 2014 der Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte wird in der der WTKF-Niederschrift vom 23.06.2014 anliegenden Form einschließlich der unter MEZ 4 vorgenommenen Ergänzung - Erhalt des Biosphärenreservates - zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.7 Gesellschafterversammlung Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch GmbH; neues Mitglied und neuer Stellvertreter des Betriebsrates

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – sh. TOP 3.1.7 der Niederschrift vom 2. Juli 2014 – beschloss der Kreistag:

Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung des Nordwest-Krankenhauses Sanderbusch ist wie folgt besetzt:

Mitglied

stv. LR Bernd Pauluschke
KTA Uwe Burgenger
KTA Fred Gburreck
KTA Wilfried Rost
KTA Siegfried Harms
Landrat Sven Ambrosy o.V.i.A.

Thomas Behrendt (BR NWK)

Vertreter

KTA Michael Ramke
KTA Gustav Zielke
stv. LR'in Marianne Kaiser-Fuchs
KTA Heide Bastrop
KTA Ewald Spiekermann
EKR'in Silke Vogelbusch o.V.i.A.

Holger Mehrle (BR NWK)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 14. Juli 2014:

TOP 6.2.1 Schaffung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe Vorlage: 0510/2014

Der Empfehlung des Kreisausschusses – sh. TOP 3.1.1 der Niederschrift vom 14. Juli 2014 – folgend fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Förderantrag an das Land Niedersachsen zur Schaffung (bzw. Fortführung der bisher besetzten Funktion) einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe zu stellen. Es verbleibt bei einem Stellenumfang von 0,5 AK.

Nach Vorliegen einer Förderzusage wird die Verwaltung um Erarbeitung einer gesonderten Beschlussvorlage zur konkreten Einstellung einer/eines Bewerberin/Bewerbers gebeten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

TOP 6.2.2 Finanzbericht 2. Quartal 2014

Der Kreistag nahm den Finanzbericht zum 2. Quartal 2014 sowie die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der KA-Niederschrift vom 14. Juli 2014 zur Kenntnis.

TOP 6.2.3 Schülerbeförderung; Änderung von Nahbereichen Vorlage: 0513/2014

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 14. Juli 2014 – sh. TOP 3.1.3 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Änderung der Nahbereiche für die Paul-Sillus-Grundschule Jever sowie das Mariengymnasium Jever ab 1. September 2014 gemäß den Darstellungen in den der KA-Niederschrift beigefügten Kartenausügen (Anlagen zur Satzung über die Schülerbeförderung) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.4 Auftragsvergabe für den Radweg an der K 87 (Kaisershof bis Horum); Ermächtigung für den Kreisausschuss
Vorlage: 0509/2014**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.4 der KA-Niederschrift vom 14. Juli 2014 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, den Auftrag zur Herstellung des Radweges an der Kreisstraße 87 (Kaisershof bis Horum) an den nach erfolgter Ausschreibung günstigsten Anbieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.5 Unterzeichnung eines "Bekennnisses zum Mehrebenensystem" (sog. Charta der Multi-Level-Governance) in Europa durch den Landkreis Friesland
Vorlage: 0511/2014**

Der Kreistag beschloss in Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – sh. TOP 3.1.5 der Niederschrift vom 14. Juli 2014 – wie folgt:

Beschluss:

Die Unterzeichnung des der KA-Niederschrift anliegenden „Bekennnis zum Mehrebenensystem“ in Europa durch den Landkreis Friesland wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.6 Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Schaffung zusätzlicher räumlicher und technischer Infrastruktur für das Sozialamt des Landkreises Friesland
Vorlage: 0512/2014**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 14. Juli 2014 wird verwiesen. Der Kreistag fasste einen entsprechenden

Beschluss:

Der Leistung des außerplanmäßigen Aufwandes von 80.000 Euro zur Schaffung zusätzlicher räumlicher und technischer Infrastruktur für den Fachbereich „Soziales und Senioren“ des Landkreises wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.7 Gründung eines Landesverbandes der Umweltzentren vom 5. Juli 2014; Beitritt des Landkreises Friesland

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.7 der KA-Niederschrift vom 14. Juli 2014 zur Kenntnis.

KTA Harms äußerte seine Bedenken zum Beitritt des Landkreises Friesland in den Landesverband hinsichtlich der dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten. Dies könne auch die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage betreffen.- Landrat Ambrosy erklärte, der Landkreis Friesland werde versuchen, den Mitgliedsbeitrag auf wenige hundert Euro pro Jahr zu beschränken; eine genaue Größenordnung gebe es noch nicht.

KTA Harms stellte fest, der Landkreis Friesland befinde sich mit einem Beitritt in einer Vorreiterrolle; er aber sehe diesen Schritt als nicht dringlich an und werde sich daher der Stimme enthalten.

Landrat Ambrosy verwies auf die Gründungsveranstaltung. Es folge jetzt die rechtliche Gründung; daher gebe es noch keine Beitragssatzung. Die Kreisverwaltung werde darauf drängen, dem Landesverband zu möglichst günstigen Konditionen beitreten zu können. Der Fokus der Verbandsarbeit werde darin bestehen, dass die Regionalen Umweltzentren ihre Arbeit verbänden, die Träger ihre Interessen wahren und man mit einer Stimme gegenüber dem Land auftrete.

Der Kreistag fasste folgenden

Beschluss:

Dem Beitritt des Landkreises Friesland zum Landesverband der Umweltbildungseinrichtungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen bei 4 Enthaltungen

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses war nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17. Juni 2014

TOP 8.2 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 18. Juni 2014

TOP 8.3 Sitzung des Ausschusses Jobcenter Friesland vom 19. Juni 2014

TOP 8.4 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 23. Juni 2014

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

TOP 9.1 Informationen aus der Sitzung des Krankenhausplanungs- ausschusses des Nds. Landtages vom 16. Juli 2014

Landrat Ambrosy teilte mit, am Vortage habe der Krankenhausplanungsausschuss des Nds. Landtages getagt. Dazu gebe es zwei wichtige Informationen:

a)

Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass es eine Entscheidung zur Fusion St. Willehad-Hospital/Reinhard-Nieter-Krankenhaus gebe. In einem ersten Schritt seien die Bettenkapazitäten der beiden Häuser zusammen gefasst worden. Entgegen einer heutigen Zeitungsmeldung habe bislang aber kein Leistungsabgleich stattgefunden.

Vielmehr habe es mit dem Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch einen Abgleich im Bereich der Krankenhausbetten gegeben. Der Krankenhausplanungsausschuss stelle fest, wie viele Betten den medizinischen Fakultäten der einzelnen Häuser zuzuordnen seien. Dieser Festschreibung habe man seitens des Landkreises bzw. des Nordwest-Krankenhauses zugestimmt, weil sich die Zahlen 1 : 1 fortsetzten und die Rechtsnachfolge des Klinikums eintrete. Man begrüße und unterstütze den Neubau des Wilhelmshavener Klinikums.

Der Leistungsabgleich dagegen stehe noch an und sei zwingend erforderlich, um eine gute Kooperation in der Region zu gewährleisten.

Auf Nachfrage von KTA Ratzel erläuterte der Landrat, der Abgleich der Bettenzahlen sei keinesfalls eine vorweggenommene Zustimmung. Die Betten des RNK und des St. Willehad-Hospitals seien bereits im nds. Krankenhausplan festgestellt gewesen. Ein entsprechender Bedarf in der Region sei auch gegeben. Der Krankenhausplanungsausschuss bewerte den Bettenbedarf für Orthopädie, Innere Medizin, Chirurgie und die übrigen medizinischen Fakultäten und mache einen Abgleich zur tatsächlichen Auslastung. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass der Bettenbedarf im zukünftigen Klinikum Wilhelmshaven mit geringen Abweichungen fast gleich bleibe. Aus Sicht des Landkreises gebe es dagegen keine Bedenken.

Im Bereich Gynäkologie/Geburtshilfe gebe es lt. Planungsausschuss allerdings eine Reduzierung, die man kritisch sehe, zumal man diesen Bereich in Sanderbusch nicht vorhalte. Man werde des Land bitten, hier weniger einzukürzen. - Die Zahlen werde man dem Kreistagsprotokoll beifügen (die Tabelle wurde den Fraktions- und Gruppenvorsitzenden am 18.07.2014 vorab per Mail zugeleitet).

Im Rahmen eines Leistungsabgleichs dagegen werde festgeschrieben, welche Leistungen in den einzelnen medizinischen Bereichen konkret erbracht würden und welche Spezialisierungen vorgesehen seien. Diese Entscheidung treffe nicht das Land, sondern der jeweilige Krankenhausträger. Hierzu bedürfe es weiterer Verhandlungen mit den Wilhelmshavener Verantwortlichen, weil es um Qualitätssicherung, finanzielle Folgen und eine Reduzierung der Wettbewerbssituation in der Krankenhauslandschaft gehe.

b)

Außerdem habe der Planungsausschuss erfreulicherweise beschlossen, für den fünften Finanzierungsabschnitt des Nordwest-Krankenhauses Sanderbusch 4,2 Mio. Euro bereitzustellen. Man stehe voll im Finanzierungsplan; der dritte Bauabschnitt werde nun durchgeplant und eine Finanzierung entwickelt, damit bis zum Jahresende ein Grundsatzbeschluss erfolgen und man den Zuschussantrag an das Land stellen könne.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Stellv. Landrat Zielke verwies auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. geplanter Änderungen im Filialnetz der LzO (TOP im KA am 17. September 2014). Im Rahmen seiner Funktion als stellvertretender Landrat habe er viele Kontakte zu älteren Menschen, die die anstehende Entwicklung im Filialnetz der Landessparkasse zu Oldenburg und bei anderen Banken befürchteten. Demnach werde es in manchen Orten zukünftig nur noch einen Service durch Automaten geben. Die älteren Mitbürger seien häufig aber nicht in der Lage, diese Geräte zu bedienen und müssten auf Hilfe aus der Familie zurück greifen.

Die Fraktion bitte daher um eine Unterstützung ihres Antrages, die LzO zu bitten, sie möge zumindest zeitweilig das Angebot in ihren Räumlichkeiten dafür nutzen, ihre Dienstleistungen personell wahrzunehmen. Alte Menschen vor allem im Bereich Jever und Wangerooge könnten dann an ein oder zwei Tagen wöchentlich ihre Finanzgeschäfte dort abwickeln. Auch in anderen Orten gebe es ähnliche Planungen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

Keine.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss Kreistagsvorsitzender Pauluschke die öffentliche Sitzung um 15.20 Uhr. Der Kreistag setzte seine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung ab 15.25 Uhr fort.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin